

Gudrun Hentges

Staat und politische Bildung

Von der „Zentrale für Heimatdienst“
zur „Bundeszentrale für politische Bildung“

ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODEN GEWALT SPRACHE UMGANG
SCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTROLLE
ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT BERECHTIGTEN STAAT DEUTSCH
RISIKO ERZIEHUNG GESELLSCHAFT RELIGION UMWELT POLITIK MEDIEN
RATIONALITÄT VERANTWORTUNG RECHT PROZESS VERGLEICH VERGLEICH



 Springer VS

Staat und politische Bildung

Gudrun Hentges

Staat und politische Bildung

Von der „Zentrale für Heimatdienst“
zur „Bundeszentrale für politische Bildung“

Mit einem Vorwort von Christoph Butterwegge

Gudrun Hentges
Hochschule Fulda, Deutschland

ISBN 978-3-531-18670-2
DOI 10.1007/978-3-531-18671-9

ISBN 978-3-531-18671-9 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Einbandabbildung: Test der staatsbürgerlichen Bildung. 25.000 Einsendungen zum Weihnachtspreisausschreiben der Bundeszentrale für Heimatdienst, 1956, ©Bundeszentrale für politische Bildung.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

Vorwort

Die politische Bildung steht derzeit aufgrund gravierender Probleme in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – genannt seien nur die Finanz-, Wirtschafts- und Währungs-krise, die zunehmende Spaltung in Arm und Reich, die fortschreitende Erosion der Mittelschicht sowie ein sich daraus speisender, zumindest für Teile des Bürgertums verlockender Rechtspopulismus und ein immer militanter auftretender Neonazismus – nicht bloß hierzulande vor großen Herausforderungen. Eine davon verbindet sich mit dem äußerst schillernden Begriff »Globalisierung« – einem Schlagwort, das ungefähr seit der Jahrtausendwende sowohl den öffentlichen Diskurs wie auch zahllose Fachdebatten beherrscht hat.

Stark dahinter zurückgetreten ist mit dem »Kalten Krieg« eine andere Zentralkategorie der geschichts- bzw. sozialwissenschaftlichen Forschung, beinahe schon in Vergessenheit geraten jene Epoche, die das Alltagsbewusstsein der Menschen, aber auch die Politik, die politische Bildung und die damit befassten staatlichen Institutionen seinerzeit mindestens ebenso stark geprägt hat, wie es nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des real (nicht mehr) existierenden Sozialismus in Mittel- bzw. Osteuropa die Globalisierung tut.

Während der 1950er- und frühen 1960er-Jahre zerfiel die Welt in den westlichen Kapitalismus und den östlichen Staatssozialismus, deren Militärblöcke, NATO und Warschauer Pakt, sich an der quer durch Deutschland verlaufenden Systemgrenze hoch gerüstet gegenüberstanden, was erhebliche Konsequenzen für das »Hinterland«, die Innenpolitik und das geistige Klima der BRD wie der DDR hatte. Die für jüngere Menschen vermutlich kaum mehr nachvollziehbare Eskalation eines weltanschaulichen Großkonflikts ließ politische Gegner zu Feinden werden, spaltete ganze Familien und zerstörte freundschaftliche Beziehungen.

Der militante Antikommunismus verhinderte eine sachliche Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, weil er Feindbilder kultivierte, Fanatismus produzierte und rigide Abgrenzungen gegenüber seinen Kritikern praktizierte. Wer sich nicht ohne Einschränkungen zu einer der beiden Gesellschaftsordnungen bekannte, sondern Kritik an Fehlentwicklungen und Auswüchsen des eigenen Wirtschafts- bzw. Regierungssystems übte, galt schnell als »Nestbeschmutzer« oder als »fünfte Kolonne« der feindlichen Macht. Kurzum: Die Blocklogik des Kalten Krieges, nach der sich damals alles zu richten hatte, war vielleicht noch verheerender als die neoliberale Standortlogik, wonach der Markt, Leistung und Konkurrenz die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen sollen.

Zuletzt haben Politikwissenschaftler/innen bzw. Zeithistoriker/innen die Geschichte von Ministerien und nachgeordneten Behörden aufgearbeitet, darunter z. B. jene des Bundeskriminalamtes (BKA), des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Gesamtdeutschen Ministeriums. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der staatlichen Institutionen während der als »Kalter Krieg« bezeichneten Periode kritisch beleuchtet. Eine Sichtung und Analyse der Archivalien, die sich mit Fragen der staatlichen politischen Bildung befassen bzw. unmittelbar die Bundeszentrale für politische Bildung betreffen, stand bislang jedoch noch aus. Verdienstvoll ist, dass Gudrun Hentges diese Lücke in der Forschungslandschaft mit ihrer Arbeit geschlossen hat.

Sie untersucht die staatliche politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Bundeszentrale für Heimatdienst, die 1963 in »Bundeszentrale für politische Bildung« (BpB) umbenannt wurde. Relevant ist dieses Thema sowohl für die Geschichte der politischen Bildung als auch für die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Analyse der Aufbau- und Gründungsphase der Bundeszentrale für Heimatdienst bzw. ihrer Nachfolgeinstitution, die 2012 ihr 60-jähriges Bestehen feiert, ist eine Studie über eine der bekanntesten staatlichen Einrichtungen. Nach wie vor erfreut sich die BpB bei Schüler(inne)n und Lehrer(inne)n einer großen Beliebtheit, sie spielt aber auch im Bereich der außerschulischen und der Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle.

Im europäischen Vergleich wird deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland mit der Schaffung einer solchen überparteilichen Zentrale, die dem Innenministerium unterstellt wurde, einen bildungspolitischen »Sonderweg« beschritten hat. Während die Bundeszentrale für politische Bildung aus heutiger Sicht meist als »Erfolgsmodell« gefeiert wird, enthüllt Gudrun Hentges im Rahmen ihrer Spurensuche auch dunkle Kapitel der Institution. Durch ihre sorgfältige Auswertung von Primärquellen und Sekundärliteratur legt Gudrun Hentges innere Konflikte und Widersprüche offen, die das erste Jahrzehnt des Bestehens der Bundeszentrale prägten.

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel, deren erstes die bildungspolitischen Vorstellungen der US-amerikanischen und britischen Militärregierungen im Nachkriegsdeutschland unter alliierter Besatzung nachzeichnet. Anhand offizieller Dokumente sowie unveröffentlichter Archivalien aus US-amerikanischen und deutschen Beständen werden die Debatten um Reeducation, Reorientation und Reconstruction zu neuem Leben erweckt.

Das zweite Kapitel nimmt einen Perspektivenwechsel vor: Es behandelt die westdeutschen bildungspolitischen Initiativen und kontrastiert sie mit den US-amerikanischen Ideen und Konzepten. Ausgehend von den Initiativen des Bundeskanzleramtes zur Wiedererrichtung einer Zentrale für Heimatdienst geht es um die Vorstellungen des Bundesinnenministeriums und um Interventionen des Bundespresseamtes. Deutlich wird anhand der präsentierten Archivalien, dass die Gründungsphase der Bundeszentrale

vornehmlich durch Konflikte, Konkurrenzen, Intrigen und Instrumentalisierungsversuche geprägt war.

Struktur, Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Bundeszentrale für Heimatdienst werden im dritten Kapitel vorgestellt. Erneut zeigt sich, dass die Ausrichtung der Bundeszentrale hart umkämpft war. Nicht nur die Besetzung des Kuratoriums und des Beirates sorgte immer wieder für Konfliktstoff, denn Personalfragen sind auch politische Fragen. Bemerkenswert erscheinen vor allem jene Ausführungen, die sich mit den Methoden der Bundeszentrale befassen. Gudrun Hentges weist in ihrer Studie nach, dass selbst Referatsleiter gezielt Kontakte zu – teilweise äußerst fragwürdigen – Publizisten knüpften, deren Artikel und Kommentare die Bundeszentrale in Zeitungen und Zeitschriften lancierte. In detektivischer Kleinarbeit fördert die Verfasserin zutage, dass es sich bei den freien Mitarbeitern teilweise um Personen handelte, deren Berufsbiographien in das Dritte Reich zurückreichen. Exemplarisch dafür stehen die Zusammenarbeit mit Jürgen Hahn-Butry, Angehöriger einer Propagandakompanie und Kriegsberichterstatter des Überfalls auf den Balkan, oder die Kooperation mit Eberhard Taubert, Leiter des Referates »Anti-Komintern« in Göbbels' Reichspropagandaministerium und Drehbuchautor des antisemitischen Films »Der ewige Jude«.

Die politische Bildung im Zeichen des Kalten Krieges und damit einhergehend die Gründung des Ostkollegs ist Gegenstand des vierten Kapitels. Im Frühjahr 1955 vollzog sich insofern ein Paradigmenwechsel, als Staatsminister Ritter von Lex die Bundeszentrale offiziell damit beauftragte, ab sofort die »Infiltration kommunistischer Publikationen« in ihrer Arbeit aufzugreifen. Somit gewann ab Mitte der 1950er-Jahre die »psychologische Abwehr des Kommunismus« zunehmend an Bedeutung. 1957 wurde schließlich das Ostkolleg gegründet, in dessen Aufbauphase Prof. Dr. Gerhard von Mende eine zentrale Rolle spielte. Von Mende war insofern umstritten, als er in seiner Funktion als Leiter der »Führungsgruppe III Fremde Völker« eine zentrale Funktion im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hatte. Als Autor des Buches »Die Völker der Sowjetunion«, das antisemitische Passagen enthält, hatte er schon während der Nazi-Zeit als Experte in »Judenfragen« gegolten und an einem Folgetreffen der Wannseekonferenz teilgenommen, wo die »Endlösung« der Judenfrage beschlossen worden war.

Das von Gudrun Hentges verfasste Werk kann ohne Übertreibung als wissenschaftliche Pionierleistung bezeichnet werden. Durch seine Materialfülle, inhaltliche Dichte und sprachliche Präzision setzt es ganz neue Maßstäbe im Hinblick auf die Erforschung der (west)deutschen Institutionengeschichte im Bereich der politischen Bildung. Besonders stechen die wissenschaftliche Akribie, die Detailbesessenheit und das sichere Urteilsvermögen hervor, mit denen Gudrun Hentges ihren Forschungsgegenstand bearbeitet hat. Trotzdem liest sich das Buch für historisch Interessierte streckenweise wie ein Kriminalroman, so kurzweilig, spannend und packend ist es geschrieben.

Indem Gudrun Hentges die Nachkriegsgeschichte der staatlichen politischen Bildung analysiert, vertieft sie das Verständnis der konflikthaften und widersprüchlichen

Entwicklung einer überparteilichen politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem scheut sich die Autorin nicht, entgegen der fast uneingeschränkt positiven Würdigung der Bundeszentrale für politische Bildung auch auf problematische Erscheinungen hinzuweisen und die Schattenseiten dieser Einrichtung auszuleuchten. Die in einem gut lesbaren Stil geschriebene Arbeit beinhaltet zahlreiche anregende Ideen und die Fachdebatte inspirierende Thesen. Sie stellt einen in mehrfacher Hinsicht herausragenden Beitrag zur politikwissenschaftlichen Forschung dar.

Exzellente Forschungsarbeiten zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Erkenntnisse über den eigentlichen Untersuchungsgegenstand hinausweisen. Aus dieser Studie erfährt man bei der Lektüre nicht bloß viel Neues über den Kalten Krieg, die Einflüsse der Weltpolitik auf die junge Bundesrepublik und die Mechanismen, aufgrund deren er alle Poren der Gesellschaft durchdrang, sondern lernt auch, dass politische Bildung nie durch Parteipolitik, Dogmatismus und Fanatismus bestimmt werden darf, will sie kritisches Denken fördern und Menschen befähigen, autonom in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzugreifen. Noch heute stecken vor allem manche Konservative in den ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges. Seine politisch-moralischen Altlasten zu entsorgen, ist eine Herkulesaufgabe (auch und gerade der politischen Bildung), die aber bewältigt werden muss, wenn sich die Kardinalfehler der Vergangenheit nicht wiederholen sollen. Das vorliegende Buch, dem ich eine weite Verbreitung wünsche, kann dabei eine wichtige Hilfe sein.

Köln, im Herbst 2012

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Vorwort von Christoph Butterwegge | 5 |
| Einleitung | 13 |
| Teil I | |
| Reeducation – Reorientation – Reconstruction | |
| Die bildungspolitischen Vorstellungen der Militärregierungen | |
| in Deutschland unter alliierter Besatzung | 27 |
| I.1 Die bildungspolitischen Vorstellungen der US-amerikanischen Alliierten | 31 |
| I.2 Die bildungspolitischen Vorstellungen der britischen Besatzungsmacht | 53 |
| Teil II | |
| Wiederbelebung oder Neugründung? | |
| Die Entstehungsgeschichte der Bundeszentrale für Heimatdienst | 67 |
| II.1 Beginn der Debatte: Demokratisierung und Reorientation der deutschen Bevölkerung | 69 |
| II.1.1 1949/50: Erste Ideen, Initiativen und Interventionen | 69 |
| II.1.1.1 Das »Institute of Public Affairs« | 69 |
| II.1.2 Das Bundeskanzleramt ergreift die Initiative | 75 |
| II.1.2.1 Der designierte Vorsitzende der Bundeszentrale für Heimatdienst: Prof. Dr. Paul Franken | 76 |
| II.1.2.2 »Öffentliche Meinungsbeeinflussung, das heißt, Propaganda« | 92 |
| II.1.3 Das Bundesinnenministerium: »Förderung des demokratischen Gedankens« | 93 |
| II.1.4 Die »Zentrale für Heimatdienst« (ZfH) als Deckmantel für Wiederaufrüstung (August bis November 1950) | 102 |

| | | |
|--------|--|-----|
| II.1.5 | Bundeskanzleramt: Ausrichtung an der ehemaligen »Reichszentrale für Heimatdienst« | 105 |
| II.1.6 | Der Richtungswechsel innerhalb des Bundesinnenministeriums | 109 |
| II.2 | Debatten um Zuständigkeiten, Konzeptionen und Personal | 117 |
| II.2.1 | Streit über die Zuständigkeit | 117 |
| II.2.2 | Wettstreit der Konzeptionen | 122 |
| II.2.3 | Personaldebatten | 146 |
| II.3 | 1952: Offizielle Gründung und inoffizielle Arbeit | 166 |
| II.3.1 | Der Weg zur offiziellen Konstituierung | 166 |
| II.3.2 | Inoffizielle Vorarbeiten | 175 |

Teil III

| | | |
|-----------|---|-----|
| | Struktur, Aufgabenstellung und Arbeitsweise | 203 |
| III.1 | Debatten über Zuständigkeit und Kompetenzabgrenzung | 205 |
| III.1.1 | Rechtliche Vorgaben | 205 |
| III.1.2 | Die Bundeszentrale und das Auslandsdeutschtum – Abgrenzung gegenüber dem Auswärtigen Amt | 213 |
| III.1.3 | Die Stärkung des Wehrwillens und die politische Erziehung der Soldaten | 220 |
| III.1.4 | »Wille zur Einheit der Nation in Freiheit« – Abgrenzung gegenüber dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen | 235 |
| III.1.5 | Die politischen Erwartungen des »Verbandes der Landsmannschaften« | 245 |
| III.2 | Struktur | 249 |
| III.2.1 | Etat und Referate | 249 |
| III.2.1.1 | Aufteilung der Referate | 249 |
| III.2.1.2 | Verantwortlichkeiten | 252 |
| III.2.1.3 | Umfang und Aufteilung der Publikationen | 254 |
| III.3 | Arbeitsmethoden | 266 |
| III.3.1 | Methodenstreit | 266 |
| III.3.2 | Geförderte Veröffentlichungen | 272 |
| III.3.3 | Die Gründung der »Aktion Gemeinsinn« (1957) | 292 |
| III.3.4 | Der Fall Jürgen Hahn-Butry | 294 |
| III.3.5 | Ausblick: »The Strategy Of Persuasion«: Zur Verbindung von Werbemethoden und politischer Bildungsarbeit (1967 ff.) | 305 |

| | |
|---|-----|
| III.4 Streitfälle | 310 |
| III.4.1 Renate Riemeck | 310 |
| III.4.1.1 Die Historikerin und Publizistin Renate Riemeck | 310 |
| III.4.1.2 »Bösartige Ausfälle gegen die Bundesregierung« | 311 |
| III.4.1.3 Von der Referentin und Autorin zur »persona non grata« | 313 |
| III.4.2 Walter Jacobsens Thematisierung des Antisemitismus | 316 |
| III.4.2.1 Walter Jacobsen als Leiter des Referats Psychologie | 316 |
| III.4.2.2 Die antisemitische Anschlagswelle | 317 |
| III.4.2.3 »Resonanzboden« für Antisemitismus | 319 |
| III.4.2.4 Konsequenz: Beschränkung auf »Weihnachtspreisausschreiben« | 324 |
| III.4.3 Reaktionen auf die Fälle Riemeck und Jacobsen | 325 |
| III.4.3.1 Der »Maulkorberlass« | 325 |
| III.4.3.2 Öffentliche Kritik: »Vorzensur am falschen Platz« | 326 |
| III.4.3.3 Kritik im Kuratorium | 327 |
| III.4.3.4 »Maßnahme der innerbehördlichen Rationalisierung« | 329 |
| III.4.4 Organisatorische Straffung und neuer Name | 331 |
| III.4.4.1 »Rücksicht auf das Auslandsecho« | 331 |
| III.4.4.2 »Nicht-Deutsche« unerwünscht | 333 |
| III.4.4.3 Therapie: »Stärkung des Nationalgefühls« | 336 |

Teil IV

Politische Bildung im Zeichen des Kalten Krieges:

| | |
|--|-----|
| Das Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung | 341 |
| IV.1 Inhaltliche und personelle Vorbereitungen einer »geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus« | 344 |
| IV.1.1 Zielstellungen: Die »Bekämpfung kommunistischer Bestrebungen« | 344 |
| IV.1.2 Die »instinktsichere Mobilisierung der Gefühle« | 347 |
| IV.1.3 Kontroversen um das Verhältnis von Wissenschaft und Propaganda | 350 |
| IV.2 Weichensteller | 355 |
| IV.2.1 Netzwerke in der Steiermark | 355 |
| IV.2.2 »Er ist daher von einem besonderen Saft ...« | 359 |
| IV.2.3 Der Kölner Witsch-Kreis als vermeintlich private Initiative | 362 |
| IV.2.4 Der Beitrag Gerhard von Mendes | 373 |

| | | |
|-----------------------------------|--|-----|
| IV.3 | Vorarbeiten | 380 |
| IV.3.1 | Kompetenzstreitigkeiten | 380 |
| IV.3.2 | Arbeitswochen und Versuchslehrgänge | 387 |
| IV.3.3 | Dozenten im Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst mit einer »mehr oder minder gravierenden NS-Vergangenheit« | 400 |
| IV.3.4 | Das »Institut zur Erforschung der UdSSR« und das <i>Amcomlib</i> als Kooperationspartner des Ostkollegs? | 409 |
| IV.4 | Divergierende Konzepte | 415 |
| IV.4.1 | Kontroversen zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Prof. von Mende im Kontext der Errichtung des Ostkollegs | 415 |
| IV.4.2 | Institut für ostpolitische Studien vs. Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst | 424 |
| IV.5 | Das Ost-Kolleg nimmt seine Arbeit auf | 430 |
| | | |
| Teil V | | |
| Fazit | | 431 |
| | | |
| Anhang | | |
| Dank | | 453 |
| Abkürzungen | | 455 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | | 463 |
| Personenregister | | 487 |

Einleitung

Vor einigen Jahren stolperte ich bei Recherchen zur Geschichte der politischen Bildung über die Bundeszentrale für Heimatdienst, von deren Existenz ich bis zu diesem Zeitpunkt noch nie etwas gehört hatte. 1963 wurde diese Einrichtung in Bundeszentrale für politische Bildung umbenannt; unter diesem Namen existiert sie noch heute und untersteht dem Bundesinnenministerium.

»Heimat« ist ein spezifisch deutscher Begriff, der sich nur schwer ins Englische oder Französische übersetzen lässt. In einschlägigen Wörterbüchern finden sich die Übersetzungen *home*, *home country*, *homeland* bzw. *pays* oder *pays d'origine*. Wir sehen, dass es für den deutschen Begriff »Heimat« im Englischen oder Französischen keine adäquate Übersetzung gibt. Die Semantik des deutschen Begriffs Heimat ist nicht deckungsgleich mit den englischen oder französischen Übersetzungen; der Bedeutungsgehalt von Heimat reicht weit über den der englischen oder französischen Termini hinaus. Als zusammengesetztes Substantiv taucht Heimat auf im Kontext von Heimatkunde, Heimatland, Heimatliebe, Heimatpflege, Heimatschutz, Heimattreue, Heimatverbundenheit – aber auch in den Begriffen Heimatvertriebener oder Heimatloser. Die entsprechenden Adjektive lauten heimatlos, heimattreu, heimatverbunden und heimatvertrieben. Irritierend ist die Kombination der beiden Substantive Heimat und Dienst. Wie ist das zu verstehen? Ist hier der Dienst an der Heimat gemeint bzw. ein Dienst zugunsten der Heimat? Handelt es sich beim Dienen nicht immer auch um ein Dienstverhältnis und damit um eine Unterordnung unter die Bedürfnisse der Heimat, oder gar Unterwerfung unter die Erfordernisse der Heimat?

Diese (produktive) Irritation veranlasste mich zu einer Spurensuche. Schon bald stieß ich auf den interessanten Hinweis, dass Heimatdienst das Pendant zu Frontdienst ist. Im Ersten Weltkrieg, im Juli 1917, wurden Direktiven für eine »Aufklärungsarbeit unter den Truppen« erlassen, wenig später umbenannt in »vaterländischer Unterricht unter den Truppen«. Das Ziel dieses Unterrichts bestand in einer psychologischen und politischen Aufrüstung der Armee. Demokratisierungstendenzen, die im Kaiserlichen Deutschland vor allem von der Arbeiterbewegung ausgingen, sollten zurückgedrängt werden; stattdessen wurde das soldatische Führungsprinzip gestärkt und gefördert. Die Aufklärungsarbeit bzw. Unterrichtung umfasste einerseits restriktive Zensurmaßnahmen, u. a. das Verbot der Verbreitung bestimmter Zeitungen oder Flugblätter der Entente oder aus der Heimat, aber auch die gezielte Lenkung der Information: Gearbeitet wurde mit Materialien, die vom Kriegspresseamt herausgegeben wurden. Hierzu zählten Armeezeitungen, Feldbüchereien, Vorträge, Unterhaltungsabende, Feldkinos, Theater-

aufführungen und Feldpredigten. Der »vaterländische Unterricht« erfolgte frontal und hatte mit einer pädagogischen Praxis wenig zu tun. Diskussionen waren nicht geduldet. Im Leitsatz für den vaterländischen Unterricht hieß es: »bei Abhaltung des vaterländischen Unterrichts (ist) eine Diskussion nicht zugelassen.«¹

Als Pendant zu diesem »vaterländischen Unterricht unter den Truppen« – mit einer deutlich propagandistischen Ausrichtung – beeinflusste die Oberste Heeresleitung (OHL) ab 1916 zunehmend auch die Stimmung in der Heimat. Im Februar 1916 erschien die Publikationsreihe »Schützengrabenbücher für das deutsche Volk«, ab Ende 1916 erschienen dreimal wöchentlich die »Deutschen Kriegsnachrichten«, die vom Kriegspresseamt herausgegeben und vom Auswärtigen Amt und Innenministerium verbreitet wurden. Um den Einfluss auf die Heimatpresse und Feldzeitungen effizienter zu gestalten, wurden ab Dezember 1916 die »Deutschen Kriegsnachrichten« zur »Deutschen Kriegswochenschau« zusammengefasst und an die Presse weitergeleitet. Zielgruppen waren Lehrer, Geistliche, Beamte, Mitglieder von Berufsverbänden. Die »Deutsche Kriegswochenschau« erreichte eine Auflage von bis zu 175 000 Exemplaren. Mit der Gründung einer »Zentralstelle des reichsamtlichen Pressedienstes« existierte ab September 1917 eine Organisation, die alle zivilen Pressestellen zusammenfasste und gezielt die Berichterstattung lenken und kontrollieren konnte. Eine weitere organisatorische Konzentration erfolgte im Februar 1918 durch die Zusammenlegung der Stelle des Pressechefs beim Reichskanzler und der des Direktors der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes.²

Der Pressechef beim Reichskanzler, Erhard Deutelmoser, verfasste im März 1918 die Denkschrift »Die politische Mobilmachung für den Frieden« und entwarf eine Konzeption für die Aufklärungsarbeit der »Zentrale für Heimatdienst«. Die zu errichtende Zentrale – sie wurde auch »Aufklärungsstelle«, »Propagandazentrale« oder »Zentralstelle für Heimataufklärung« genannt – sollte sich ihrer »militärischen Hypotheken« entledigen. Während sich die militärische Aufklärung vor allem auf die Armee konzentriert habe, solle sich die Zentrale für Heimatdienst an »den weniger standfesten Teil der Arbeiterschaft« richten und die »breiten Volksmassen, besonders in den größeren Städten« ansprechen, deren innerer Halt durch den Krieg erschüttert worden ist. Dieser Adressatenkreis solle, so Deutelmoser, im Sinne der Regierung beeinflusst werden.³

Propaganda im Ersten Weltkrieg hatte zunächst die kämpfenden Truppen und damit die Front im Blick, ab 1916 gewann die »Heimatfront« an Bedeutung. Aus den ersten Anfängen einer Einflussnahme auf die politische Stimmung innerhalb der Bevölkerung kristallisierte sich schließlich im März 1918 eine organisatorische Struktur heraus, die

1 Leitsätze für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen, zit. nach Klaus Wippermann: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976, S. 22

2 Vgl. ebd., S. 29 ff.

3 Erhard Deutelmoser: »Die politische Mobilmachung für den Frieden«, zit. nach ebd., S. 29



Der Heimatdienst, Februar 1926



Der Heimatdienst, Juli 1926



Der Heimatdienst, August 1926



Der Heimatdienst, Januar 1932